

## Konflikt zwischen Ankara und Moskau dominiert Nato-Herbsttreffen



Foto: AFP / Russisches Verteidigungsministerium

Am Montag wurde der Leichnam des russischen Piloten Oleg Peschkow nach Moskau überstellt. Er war nach dem Abschuss seiner SU-24 durch die türkische Luftabwehr gestorben.

# Syrien und Putin halten die Nato auf Trab

Beim Treffen der Nato-Außenminister dominieren die aktuellen Konflikte in Syrien und zwischen der Türkei und Russland die Tagesordnung. Der Einsatz in Afghanistan wird verlängert, Montenegro ins Bündnis eingeladen.

Thomas Mayer aus Brüssel

Die Nato ist im Grunde träge. Interne Reformen im Militärbündnis aus 28 Staaten, das waffentechnisch und finanziell von den USA dominiert wird, aber auch die Aufnahme weiterer Mitglieder haben lange Vorläufe.

So war es nicht ganz verwunderlich, dass die vorgesehene Tagesordnung der Allianz beim zweitägigen Herbsttreffen im Hauptquartier in Brüssel, das am Dienstag auf Ebene der Außenminister begann, etwas überholt anmutete und dann ganz von aktuellen Bedrohungen und Ereignissen rund um Syrien dominiert war.

Auf dem Papier hätten eigentlich die Aufträge der Staats- und Regierungschefs vom letzten Gipfel in Wales 2014 ins Ziel gebracht werden sollen. Seit Wochen arbeiten sich die Stäbe von Generalsekretär Jens Stoltenberg an der Liste ab: Konsequenzen aus dem geplanten Abzug der Truppen in Afghanistan, der nun wegen der angespannten Sicherheitslage verschoben wird – 12.000 Soldaten bleiben; Erhöhung der Einsatzfähigkeit vor allem in Osteuropa – Folge der Annexion der Krim durch Russland und des folgenden Krieges von Separatisten mit der Armee im Osten des Landes; Aufstockung der nationalen Verteidigungsbudgets, um die USA zu entlasten; Vorbereitung der Aufnahme neuer Mitglieder.

Die ganze Aufmerksamkeit der Außen- und Verteidigungsminister nahmen aber von Beginn an die Entscheidungen wichtiger Mitglieder in Anspruch, sich an militärischen Einsätzen gegen den Islamischen Staat (IS) im Mittleren und Nahen Osten zu beteiligen. Seit einem Jahr fliegen die USA mit Unterstützung Großbritanniens Luftangriffe gegen Stellungen des IS.

Am Dienstag beschloss die deutsche Regierung, dem Wunsch Frankreichs zu folgen und sich an

einer Militäraktion gegen den IS in Syrien zu beteiligen (siehe Seite 3). Der britische Premier David Cameron kündigte seinerseits eine Ausweitung des britischen Einsatzes auf Syrien an, und er sollte dafür die Unterstützung des britischen Parlaments bekommen.

Der zweite Konflikt, der das Nato-Treffen dominierte, waren die Spannungen zwischen dem Mitglied Türkei und Russland nach dem Abschuss eines russi-

schen Kampfflugzeuges, das türkisches Hoheitsgebiet trotz einer Warnung überflogen hatte. Stoltenberg betonte das Recht eines Staates, sein Territorium zu verteidigen. Die Nato will die Türkei beim Ausbau der Luftüberwachung unterstützen, sagte er.

Da die willigen Nato-Staaten zum Kampf gegen den IS in Syrien aber Russland als Partner benötigen, liefen seit Tagen Bemühungen, den Konflikt zwischen Ankara und Moskau abzukühlen. Auch US-Präsident Barack Obama drängte am Rande des Umweltgipfels in Paris auf Spannungsabbau.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich bereiterklärt, in Syrien eng mit den USA, Frankreich und den Briten zu kooperieren, sich sogar an einem gemeinsamen Generalstab zur Einsatz-

planung zu beteiligen. Das ist eine politisch-diplomatische Herausforderung ersten Ranges für die Nato selbst. Denn seit Ausbrechen des Konflikts um die Ukraine ist der Nato-Russland-Rat von 1999 eingefroren (ein politisches Partnerschaftsgremium auf höchster Ebene zur Kooperation).

## Kooperation und Sanktionen

Die USA und die EU-Staaten (22 sind Nato-Mitglieder) haben zudem bestehende Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Sie laufen regulär am 1. Jänner aus und müssen in der Union (einstimmig) verlängert werden. In Militärkreisen hieß es, das dürfte im EU-Außenministerrat Mitte Dezember auch geschehen – vorläufig nur für weitere sechs Monate. Als Reaktion auf Russlands Vorgehen im Ukrai-

ne-Konflikt beschloss die Nato eine neue Strategie gegen sogenannte hybride – nicht direkt militärische – Kriegsführung. Diese reicht von Propaganda und Desinformation über wirtschaftlichen Druck bis zum Einsatz verdeckter Militäreinheiten.

Die von der Regierung in Kiew geforderte Aufnahme der Ukraine in die Nato ist hingegen kein Thema. Offiziell heißt es, ein Land, das mit einem Nachbarn in einen Konflikt verwickelt ist, könne nicht Nato-Mitglied werden. Das Gleiche gilt für Georgien und Mazedonien. Nur bei Montenegro ist das anders. Das kleine Land auf dem Westbalkan wird (nach Albanien und Kroatien 2008) von der Allianz eine Einladung zur Mitgliedschaft erhalten, die in etwa eineinhalb Jahren umgesetzt wird.

## „Türkei und Russland in der Eskalationsspirale“

Der Abschuss eines russischen Jets durch das Nato-Mitglied Türkei hat die Beziehungen der beiden Länder empfindlich gestört. Was das für die Nato bedeutet, erklärt Ulrich Kühn.

INTERVIEW: Manuela Honsig-Erlenburg



STANDARD: Russlands Präsident Putin wirft Ankara den Schutz von Ölgeschäften des IS vor – und sieht darin die Ursache für den Abschuss eines russischen Kampfflugs. Eine weitere Eskalation?

Kühn: Die Türkei und Russland befinden sich in einer Eskalationsspirale. Keiner von beiden will nachgeben. Russland versucht jetzt zu reagieren, indem es Sanktionen gegen türkische Produkte verhängt und Dinge offen anspricht, die auch von westlicher Seite immer wieder hinter vorgehaltener Hand vorgebracht wurden: nämlich dass die Türkei in der Region und gegenüber dem IS eine ambivalente Rolle spielt. Es ist bekannt, dass immer wieder Tanklasten die türkische Grenze überqueren, in denen mit hoher Wahrscheinlichkeit Öl aus den vom IS kontrollierten Ölquellen transportiert wird. Außerdem sollen auch IS-Kämp-

fer in türkischen Krankenhäusern behandelt worden sein. Das alles wirft natürlich ein fragwürdiges Licht auf die Politik der Türkei in der Region.

STANDARD: Das Nato-Land Türkei lehnt weiter jegliche Entschuldigung für den Abschuss ab. Wie ist die Nato hier nun gefordert, auch vor dem Hintergrund der Spannungen wegen der Ukraine?

Kühn: Die Nato steht hier vor der Quadratur des Kreises. Es existieren die zwei großen Fronten: Einerseits will man die östlichen Bündnispartner in Europa wie Polen oder auch die baltischen Staaten rückversichern und sich in der Frage der Ukraine Russland gegenüber standfest verhalten. Andererseits muss man dringend mit Russland über militärische Transparenz und Vertrauensbildung in Europa reden, vor allem eben,

um gefährliche militärische Zwischenfälle zu vermeiden. In Syrien wiederum engagieren sich aktuell mit den USA, der Türkei und Frankreich drei Nato-Staaten, mit Großbritannien und Deutschland würden zwei weitere dazukommen. Diese Staaten wollen Solidarität mit dem Bündnispartner Türkei bekunden, sollten zugleich aber mit Russland zusammenarbeiten.

STANDARD: Die Situation wird nicht leichter dadurch, dass Russland das S-400-Luftabwehrsystem in Syrien stationieren will, um seine „Flüge zu schützen“.

Kühn: Dieses System ist äußerst potent. Es deckt einen Radius von 400 Kilometern und eine Höhe von 27 Kilometern ab. Man kann es gegen Kampfflugs, Tarnkappenbomber, unbemannte Flugkörper oder sogar Cruise-Missiles einsetzen. Russland sendet ein deutliches Signal: Wir sind hier, und ihr kommt an uns nicht mehr vorbei.

STANDARD: Als Reaktion will die Nato ihr Bündnismitglied Türkei stärker als bisher bei der Luftabwehr unterstützen.

Kühn: Das ist ein politisches Signal, das der Türkei zeigt: Wir ste-

hen als Allianz zusammen. Es geht aber auch darum, sich mit der Türkei besser abzustimmen. Im Notfall heißt das auch, darauf einzuwirken, dass der türkische Finger nicht zu locker am Abzug sitzt.

STANDARD: Russland ist ja durchaus fähig, sich abzustimmen, zum Beispiel mit Israel, was Luftraumaktivitäten betrifft.

Kühn: Es gibt ein „Memorandum of understanding“ mit Israel oder bilaterale Abkommen mit verschiedenen Nato-Staaten. Die Türkei und Russland haben aber kein bilaterales Abkommen, und das ist schlecht. Darüber muss gesprochen werden, am besten im Nato-Russland-Rat. Der wurde allerdings vonseiten der Nato nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland suspendiert. Es wäre aber im Interesse aller, ein gemeinsames Abkommen der Nato-Staaten mit Russland zu erarbeiten. Vor allem eben um militärische Zwischenfälle zu vermeiden, von denen es in den letzten eineinhalb Jahren weit über 60 gab, auch in Europa.

ULRICH KÜHN ist Nato-Experte des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg. Foto: Stephan Röhl